

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

21.1.1928 (No. 18)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur: E. A. M. u. d. Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Telefon: Nr. 953 und 954
Postkonten: Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Erscheinen der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in demen unserer Lieferanten, hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antizipale Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Zur innerpolitischen Lage

Die letzte Woche war reich an bedeutenden Ereignissen auf dem Gebiet der inneren Politik. Reichswehrminister Gessler, der beinahe 7 Jahre lang das Reichswehrministerium geleitet hat, ist aus seinem Amte geschieden, und General Gröner ist — entgegen den Wünschen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei — vom Reichspräsidenten, auf Vorschlag des Reichsfinanzministers zum Reichswehrminister ernannt worden. Herr Gröner hat im ganzen keine schlechte Presse gefunden. Die deutschnationalen Zeitungen haben zwar ihre Bedenken nicht verschwiegen, aber im Hinblick darauf, daß Herr Gröner der Vertrauensmann des Reichspräsidenten ist, von einer eigentlichen Opposition abgesehen. Und die Presse der Deutschen Volkspartei hat sich ähnlich, wenn nicht noch entgegenkommender, verhalten.

Das, was Herr Gröner in den Augen der Deutschnationalen belastete, seine demokratische Grundeinstellung und sein Verhalten bei der Revolution, hat ihn bei den Parteien, die auf republikanischem Boden stehen, empfohlen. Auch in der sozialdemokratischen Presse hat seine Ernennung im ganzen ein recht erfreuliches Echo gefunden. Man hofft im Lager der republikanischen Parteien, daß Herr Gröner die Reichswehr zu einem in allen Teilen wirklich zuverlässigen Instrument in der Hand der Republik machen wird. Ganz allgemein ist die Erwartung, daß es Herrn Gröner gelingen möge, die Reichswehr aus dem Streit der parteipolitischen Strömungen herauszuheben.

Bei einer Betrachtung dieser Dinge muß man sich ganz klar darüber sein, daß es nicht die rechtsgerichteten Kreise sind, die an der Reichswehr im ganzen oder im einzelnen etwas auszusetzen haben, sondern daß es die übrigen Parteien sind, welche an der Reichswehr Kritik üben. Praktisch würde also eine Politik, die darauf eingestellt ist, die Reichswehr aus dem parteipolitischen Streit herauszunehmen, darin bestehen, daß man diese Beschwerden, soweit sie nur irgendwo begründet sind, sorgsam prüft und weiteren Anlaß zur Beschwerde ausschließt. Es müßte auf diesem Wege möglich sein, die Reichswehr wirklich populär zu machen, daß heißt, ihr auch das Vertrauen der republikanischen Volksgenossen zu verschaffen. Das wäre eine vaterländische Aufgabe ersten Ranges. Und derjenige Reichswehrminister, der diese Aufgabe löst, würde sich damit ein unabhängiges Verdienst erwerben.

Wie notwendig eine energische und scharf kontrollierende Verwaltung des Reichswehrministeriums ist, beweist am besten der Fall der Rhöbus-Film-A.-G. Man kann es jetzt durchaus begreifen, daß Herr Gessler noch vor der parlamentarischen Aufrollung dieser Angelegenheit zurückgetreten ist. Denn darüber sind sich wohl alle Kreise unseres Volkes einig, daß der Vorfall für das Reichswehrministerium und seinen verantwortlichen Leiter, darüber hinaus aber auch für das Ansehen unseres ganzen Vaterlandes überaus peinlich und beschämend ist. Die großen Verdienste, die sich Herr Gessler in früheren Jahren zusammen mit Herrn Seedt um die Organisation der jungen Reichswehr erworben hat, werden dadurch nicht geschmälert. Aber die Tatsachen des Falles Rhöbus-Film-A.-G. sind doch so geartet, daß sie noch nachträglich die oft sehr scharfe Kritik, welche von den republikanischen Parteien an der Amtstätigkeit des Herrn Gessler geübt wurde, rechtfertigen. Immer wieder gipfelte diese Kritik in der Behauptung, daß Herr Gessler zu gutgläubig sei und sich — um volkstümlich zu reden — von seinen Offizieren an der Nase herumführen lasse.

Reichsfinanzminister Dr. Marx hat das einzig Richtige getan, was er als Chef des Kabinetts tun konnte: er hat die Tatsachen ganz offen dem Reichstag mitgeteilt. Dabei konnte er feststellen, daß die getadelten Maßnahmen zum Teil einer Zeit angehören, für die die gegenwärtige Reichsregierung nicht die Verantwortung zu tragen hat. Der Reichsfinanzminister hat weiter betont, daß die Reichsregierung die Vorgänge aufs schärfste mißbilligt und bereits die nötigen Maßnahmen getroffen hat, damit Wiederholungen vermieden werden. Auf Einzelheiten wird man später noch zu sprechen kommen.

Daß sich ein Mann, wie Gröner, der selber ein erfahrener, alter Offizier ist und über ein nicht geringes Maß von Energie verfügt, von seinen Offizieren genau unterrichten lassen und die einzelnen Abteilungen seines Ressorts streng beaufsichtigen wird, ist ohne weiteres anzunehmen. Die Wünsche aller Vaterlandsfreunde werden ihn bei seinen Bemühungen begleiten. Gängt doch

Letzte Nachrichten

Kritische Stimmung im Reichstag

M. Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Zu Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung kam es zu einem bemerkenswerten Zwischenfall. Der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken ergriff sofort das Wort zur Geschäftsordnung und verlas einen Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ über die Tagung des pommerischen Landtages, auf dem der Reichsinnenminister von Reubell erklärt haben soll, es sei für ihn wichtiger, bei den Landwirten zu sein, und ihnen die Größe der Reichsregierung zu übermitteln, als im Reichstag persönliche Angriffe anzuhören. Müller, der darin eine Verächtlichmachung des Parlaments erblickte, forderte den gerade eintretenden Reichsfinanzminister auf, eine Klärung herbeizuführen. Dieser Vorgang bekam dadurch eine besondere Bedeutung, daß der Zentrumsführer Guérard am Eingang seiner Rede zum Etat sich diesem Verlangen anschloß. In den weiteren Ausführungen Guérards war bemerkenswert, daß er den Sozialdemokraten im Reich ihre lokale Opposition beschönigte. Im Gegensatz zu den Deutschnationalen und der Volkspartei, die in Preußen Obstruktion trieben. Die Rede brachte weiter scharfe Angriffe gegen Herrn von Reubell wegen seines Telegramms an die Studenten. Weiter forderte der Redner mehr politische Zurückhaltung von allen zuständigen Stellen, auch vom Reichspräsidenten.

Die gestrige Rede des völksparteilichen Abgeordneten Gremer wird vielfach als eine Art Kündigung der Koalition angesehen, zumal bisher noch keine Abschwächung erfolgte. Der sozialdemokratische Staatsredner, Severing, sprach getrennt sehr gedämpft. Man erblickt darin die Absicht, die Möglichkeit der großen Koalition offen zu lassen.

Die Industriebelastung

M. Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Nachdem nunmehr die Ergebnisse der Veranlagung zur Vermögenssteuer für 1927 vorliegen, sind von den zuständigen Reichsreferats die Verteilungsziffern für Aufbringung der Industriebelastung nach dem Dawesplan für die Jahre 1926 bis 1928 endgültig festgesetzt worden. In den ersten beiden Jahren waren nur Vorauszahlungen zu leisten. Man war in der Lage, den Verteilungsschlüssel niedriger zu bemessen und zwar für 1926 auf 3,5 vom Tausend statt 3,75 vom Tausend, für 1927 auf 7,1 vom Tausend statt 7,5 vom Tausend des aufbringungs-schuldigen Betriebsvermögens. Die zuviel bezahlten Beträge werden auf 1928 berechnet. Der Schlüssel für 1928 ist 8,5 pro Tausend. Der erste Teilbetrag ist am 5. März fällig.

Die Besatzungsbehörde gegen ein Madener Hotel

W.B. Maden, 21. Jan. (Tel.) Das belgische Oberkommando hat das Hotel „Der Jahreszeiten“ für die Zeit vom 20. Januar bis 6. Februar geschlossen, weil in letzter Zeit mehrmals in Anwesenheit belgischer Offiziere das Deutschlandlied angeblich in provozierender Weise gesungen wurde.

Auflösung des japanischen Landtages

W.B. Tokio, 21. Jan. (Tel.) Der Landtag ist aufgelöst worden.

der innerpolitische Friede und die Erzielung einer nationalen Geschlossenheit im Innern sehr wesentlich von der Frage ab, ob es endlich gelingen wird, unter Abstellung offenkundiger Mißstände ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen der Reichswehr und den Massen des Volkes herzustellen.

Die verfloßene Woche hat ferner die Staatsrede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler gebracht. In dieser Rede weist der Reichsfinanzminister darauf hin, daß unsere Finanzen an sich durchaus in Ordnung sind und eine nicht ungünstige Bilanz ergeben. — Weiter ist als wichtige Tatsache zu verzeichnen, daß der Konflikt zwischen dem Reichsfinanzminister und Herrn Stegerwald, soweit dieser Konflikt rein persönlicher Natur war, beigelegt worden ist. Es ist das geschehen durch Erklärungen von beiden Seiten des Reichsfinanzministers und von Seiten des katholischen Lehrerverbands. Namentlich die Erklärung des Reichsfinanzministers fällt angenehm auf durch ihre Offenherzigkeit und Freundlichkeit. Daß sich Herr Stegerwald von der Erklärung befriedigt erklärt hat, war so nach vorauszuweisen. Die sachlichen Differenzen sind damit jedoch noch nicht aus der Welt geschafft. Die Tagung des Parteivorstands und Parteiausschusses am 28. Januar wird noch Stoff genug zur Beratung haben, und diese Beratungen werden sicherlich nicht einfach sein.

Die Rede des badischen Finanzministers Dr. Schmitt auf der Berliner Länderkonferenz

Der badische Finanzminister hob eingangs seiner Ausführungen hervor, daß die bestehende Verfassung des Reiches im Wesentlichen nicht geändert werden könne. Seine Vorschläge seien zum großen Teil nur als ein Provisorium zu betrachten und sollen gelten bis zu dem Zeitpunkt, in welchem der Dawesplan anders ausfiele. Finanzminister Dr. Schmitt wies nach, daß der Unitarismus nicht billiger ist als der Föderalismus, und daß jeder Maßstab fehle, um Vergleiche anzustellen.

Das Nebeneinander von Behörden könne auch im föderalistischen Staat beseitigt werden. Der badische Finanzminister betonte, daß gerade jetzt durch eine Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem badischen Finanzministerium die Reichsbaubehörden am 1. Oktober 1927 in Baden beseitigt seien und die Reichsbauaufgaben in Baden den Landesbehörden übertragen wurden. Beide — Reich und Länder — sparen auf diese Weise. Weiter führte er aus, daß auch in einem unitarischen Reiche die Steuern in Baden nicht geringer werden würden. Das Steuervereinfachungsgesetz sehe nicht nach Steuerentlastung aus, und ein unitaristisches Deutschland gebe wohl für eine Reichsprovinz Baden nicht weniger aus, als im badischen Staatsvoranschlag ausgegeben werde.

Soweit eine Vereinheitlichung nötig sei, verlangte Dr. Schmitt, zunächst den Weg der Vereinbarung mit dem Reich oder zwischen den Ländern zu versuchen. Die Reichsgesetzgebung könne erst in Betracht kommen, wenn die Vereinbarung versage.

Der badische Finanzminister wandte sich dann gegen eine weitere Verbreiterung und Vergrößerung der staatlichen Aufgaben. Er verlangte einen weiteren Ausbau der Statistik, ohne welche ein Vergleich und eine Selbstkontrolle der Länder gar nicht möglich sei. Insbesondere forderte er eine einheitliche Budgetform, welche so verständlich gehalten werden müsse, daß sie auch der Laie verstehen kann. Als dauerndes Heilmittel zugunsten einer Finanzreform empfahl der Minister die Vermehrung des Verantwortungsgedankes beim Parlament, sowohl durch Verringerung der Zahl der Abgeordneten und der Mitglieder der Ausschüsse als auch durch die Einführung des Einerproporz, der mit großem Nachdruck in Baden verlangt werde, sowie durch Doppelmandate vom Reichs- und Landtagsabgeordneten. Die heutigen Reichstagsabgeordneten kennen die finanziellen Verhältnisse der Länder nicht mehr und können sie nicht kennen. Erst wenn wenigstens einige Abgeordnete des Reichstages auch wieder Landtagsabgeordnete wären, würde die notwendige Verbindung hergestellt.

Der Minister begründete dann den Satz: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ und machte hierzu einen Gesetzesvorschlag. Nebenbei verlangte er auch, daß das Reichsfinanzministerium den Verteilungsschlüssel bei den Überweisungssteuern nicht zu oft ändere und noch weniger der Änderung Rückwirkung verleihe.

Mit großem Nachdruck verlangte Finanzminister Dr. Schmitt Einkommenssteuerrückstellungen. Nur derjenige sei sparsam, der selbst auch für die Einnahmen zu sorgen habe. Das Verantwortungsgedankes würde nur gestärkt, wenn auf dem Rathaus und im Landtag die Verantwortung für die Ausgaben und Einnahmen in ein und derselben Hand liege. Es sei ein Fehler im ganzen System, wenn eine Körperschaft über Ausgaben beschliesse, über deren Deckung sie nichts zu befinden habe, da die Deckung durch Reichssteuerüberweisungen erfolge. Wenn diejenigen, die auf dem Rathaus oder im Landtag über die Regelung der Realsteuern befinden, auch gleichzeitig damit die Einkommenssteuerrückstellungen erhöhen müßten, dann werde man viel sparsamer sein und auch die Realsteuern nicht mehr so sehr erhöhen. Heute erheben Länder und Gemeinden ihre Einkommenssteuern nicht mehr nach eigenem Bedürfnis, es richte sich vielmehr das Erträgnis an Einkommen- und Körperschaftsteuern nach den Ergebnissen eines starren Reichstarifes. Es ist bei dem heutigen System der Einkommenssteuerüberweisung möglich, daß ein Land oder eine Gemeinde mehr erhält, als sie braucht und bei eigener Einkommenssteuererhebung erheben würde oder müßte. Weil aber das Geld nach der Reichseinkommenssteuerüberweisung da sei, werde es auch verbraucht. Andere Länder dagegen erhalten weniger, als sie bei eigener Steuererhebung erheben müßten.

Finanzminister Dr. Schmitt empfahl ferner den mittleren Ländern und Gemeinden ein zweijähriges Budget. Die Zweijährigkeit sei eine der besten Sparquellen.

Der badische Finanzminister behandelte dann weiter die Frage, mit welchen Mitteln der Finanzminister seine ganze Autorität und seine ganze Person einsetzen könne, um gegenüber Beschlüssen des Kabinetts oder des Landtages die Ausgaben zu mindern. Das Rücktrittsrecht, oder die Androhung des Rücktritts hält er für keine geeignete Maßnahme, weil ja dann ein Wechsel in der Finanzleitung eintritt, was den Finanzen gewiß nicht förderlich sei. Dagegen verlangte er in anderer Hinsicht eine Verstärkung der Stellung des Finanzministers, sowohl gegenüber dem Kabinett als auch gegenüber dem Landtag. Wenn in Preußen oder im Reich der Finanzminister gegen eine Anforderung seiner Ministerkollegen Einspruch erhebt, so bleibt dieser Einspruch endgültig, wenn der betreffende Kabinettschef (preussischer Ministerpräsident, Reichskanzler) der Auffassung des Finanzministers beitrifft. Eine Überstimmung des Finanzministers durch einen Mehrheitsbeschluss des Kabinetts ist dann ausgeschlossen. Diese Regelung verlangt der badische Finanzminister auch für die übrigen Länderfinanzminister. Ein absolutes Veto, wie es der englische Schatzkanzler hat, wolle er für den Finanzminister nicht in Anspruch nehmen.

Vielleicht wäre auch die Frage zu prüfen, ob nicht das vorläufige Einspruchsrecht, wenn man es nicht so stark gestalten will, wie in Preußen und im Reich, doch wenigstens die Wirkung hätte, daß der Einspruch des Finanzministers nur durch einen qualifizierten Mehrheitsbeschluss des Kabinetts (zwei Drittel) abgelehnt werden kann. Dieser Einspruch bezieht sich allerdings nur auf den Fall, daß das Kabinett die Ausgaben höher gestalten will als der Finanzminister.

Ebenso verlangte Finanzminister Dr. Schmitt ein vorläufiges Einspruchsrecht entweder des Gesamtministeriums oder des Finanzministeriums allein gegenüber Beschlüssen des Landtages, durch welche der Landtag aus eigener Initiative die Ausgaben erhöhen oder die Einnahmeseite herabsetzen will. In all den Fällen soll der vorläufige Einspruch die Wirkung haben, daß wie das Gesamtministerium, so auch der Landtag den Einspruch des Finanzministers nur mit einer Zweidrittelmehrheit ablehnen kann.

Wenn aber dem Landesfinanzminister das Recht gegeben werden soll, vor dem Landtag Einspruch zu erheben und wenn sein Einspruch nur mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt werden kann, so ist die notwendige Folge, daß ein Mißtrauensvotum, welches sich gegen den Finanzminister allein richtet, derselben qualifizierten Zweidrittelmehrheit bedarf, denn andererseits könnte der Landtag, statt mit einer qualifizierten Mehrheit den Einspruch abzulehnen, mit einfacher Mehrheit dem Finanzminister sein Mißtrauen aussprechen.

Zum Schluß begründete der badische Finanzminister noch seine Stellungnahme zu dem mechanischen Beamtenabbau (jede dritte freierwerdende Stelle) und führte aus, daß dieser mechanische Beamtenabbau so lange wirkungslos sei und sein müsse, als nicht mit ihm ein organischer Abbau von Aufgaben und Behörden erfolge.

Der deutsche Außenhandel im Dezember

geigt im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 304 Mill. Reichsmark gegen 381 Mill. Reichsmark im Vormonat.

Die Einfuhr im reinen Warenverkehr ist im Dezember gegenüber dem Vormonat um 33 Mill. Reichsmark zurückgegangen. Während die Rohstoffeinfuhr noch eine weitere Steigerung — um etwa 13 Mill. Reichsmark — aufweist, zeigte die Einfuhr an Lebensmitteln (um 22 Mill. Reichsmark) und fertigen Waren (um 20 Mill. Reichsmark) einen Rückgang. Bei der Ausfuhr ist dagegen eine Zunahme um 43 Mill. Reichsmark festzustellen. Daran sind alle Gruppen beteiligt, vor allem die Rohstoffe (mit 16 Mill. Reichsmark) und die Fertigwaren (mit 27 Mill. Reichsmark).

Im einzelnen ist folgendes zu berichten: Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt eine Zunahme um 12,9 Mill. Reichsmark. Die Textilrohstoffeinfuhr ist um 18,8 Mill. Reichsmark gestiegen (darunter Baumwolle um 10,8, Wolle um 8,0 Mill. Reichsmark); zugenommen hat ferner die Einfuhr an Kupfer, Mineralölen, Tabak, Weiz, Zinkergun u. a. m. Zurückgegangen ist dagegen die Einfuhr an Fellen und Tierfett. Die Einfuhr an Fertigwaren weist eine Abnahme um 20,0 Mill. Reichsmark auf. Daran sind die Textilfertigenwaren mit 7,7 Mill. Reichsmark, die Eisenwaren mit 7,6 und Maschinen mit 3,0 Mill. Reichsmark beteiligt.

Bei der Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken ergibt sich eine Zunahme um 1,0 Mill. Reichsmark. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt eine Zunahme um 15,5 Mill. Reichsmark. Daran sind hauptsächlich beteiligt schwefelhaltiges Ammoniak, Kalifalze, Kalbfelle und Rindshäute, Holzschiff und Zellstoff. Die Fertigwaren-Ausfuhr weist eine Zunahme um 26,7 Mill. Reichsmark auf. Die Ausfuhr an Textilfertigwaren ist leicht (um 1,8 Mill. Reichsmark) zurückgegangen. Abnahme zeigt ferner die Ausfuhr an Wasserfahrzeugen, Pelzen und Pelzwaren, Kinderpielzeug und Schuhwerk. Zunahme ist dagegen festzustellen bei Eisenwaren und Walzwerkzeugnissen (um 11,3 Mill. Reichsmark), Maschinen (um 6,5 Mill. Reichsmark), chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Farben, Firnissen und Lacken, Kupferwaren, Büchern, elektrotechnischen Erzeugnissen, Filmen, Kautschukwaren, Papier und Papierwaren u. a. m.

In dem Lohnkonflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche vom 12. Januar 1928 nach Lage der Sache abgelehnt. Die Zentralstreikleitung in Halle erklärt heute Samstag an die Metallarbeiter Mitteldeutschlands einen Aufruf, in dem es heißt: „Nachdem sich die Verhandlungen zerlegt haben, muß der Kampf weitergeführt und noch verschärft werden. Die Kollegen des Anhalter Gebietes, deren Abkündigungstrieb abgelaufen ist, stellen nunmehr ebenfalls die Arbeit ein, ebenso die Kollegen der Betriebe, die wir weiter für den Kampf anserziehen haben. Alles andere steht: „Gewehr bei Fuß!“

Amerika und die Reparationstrage

W.B. Washington, 21. Jan. (Tel.) Die Presse veröffentlicht eine Rede, die Schatzsekretär Mellon in Charlotte (Nord-Carolina) gehalten hat. Besondere Beachtung findet ein Satz in der Rede Mellons, der in der Übersetzung wörtlich lautet: „Die Nationen der Welt müssen wieder auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden, damit der Produktionsüberschuß einen Exportmarkt findet.“ Man erblickt in dieser Wendung eine weitere Bestätigung für die Bestrebungen, zur Verminderung einer Revision des Zolltarifs allmählich eine Revision in der Zollfrage anzubahnen, um durch eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen an das Ausland die Notwendigkeit einer zu starken Steigerung der deutschen Ausfuhr zum Fortfall zu bringen. Man ist sich jedoch, wie auch „Tribune“ zu den Besprechungen zwischen Barter Gilbert und Poincaré aus Paris meldet, darüber einig, daß der Dawesplan nicht sofort aufgegeben werden dürfe, sondern daß ein oder zwei Normaljahre abgewartet werden müßten, bevor positive Maßnahmen zu einer Umgestaltung in der Reparationslage vorgeschlagen werden können.

Frankreich und Amerika

M. Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Die französische Antwort an den amerikanischen Staatssekretär Kellogg ist nunmehr nach Washington zunächst an die dortige französische Botschaft gefahret worden. Wie aus Paris gemeldet wird, erklärt Frankreich darin zunächst, daß es den Antriegspakt nicht vorbehaltlos annehmen könne, so lange Amerika darauf bestehe, daß andere Mächte beteiligt würden. Es wird dann eine kritische Definition des Begriffs Angriffskrieg gegeben und betont, daß Frankreich unbedingt am Völkerverbund und seinen Bündnissen festhalten müsse. Der freundschaftliche Ton darf nicht über die Ablehnung Frankreichs täuschen. Der Botschafter erhielt ferner Instruktionen, wie er die weiteren Verhandlungen zu führen hat. Das „Berl. Tagebl.“ bringt heute die Mitteilung, „aus Pariser diplomatischen Kreisen“, Frankreich arbeite an einer Einheitsfront gegen Amerika, in die es sämtliche europäische Großmächte und Japan einreihen möchte. Man lege dabei sehr große Bedeutung der Unterhaltung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris, von Söeß, und Lord Crewe, dem dortigen englischen Botschafter, bei. — An Berliner zuständigen Stellen ist von einer solchen Unterhaltung zwischen den Botschaftern nichts bekannt.

Nochmals die Verträge mit Bayern

M. Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Der „Vorwärts“ beschäftigt sich noch einmal mit dem angeleglichen Geheimabkommen des Reichs mit Bayern. Wie wir dazu erfahren, ist kein Geheimvertrag abgeschlossen worden. Es wurde lediglich von einer Berufstätigkeit damals Abstand genommen. Wenn behauptet wird, daß eine Rückgabe der Liegenschaften an Bayern für den Fall vorgesehen ist, daß die Wehrverfassung einmal geändert und das Kontingent der Länder wieder hergestellt wird, so ist das tatsächlich darin enthalten, aber mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß eine solche Änderung der Wehrverfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege zulässig ist. Ferner erfahren wir von besonderer Seite dazu, daß man hauptsächlich dabei die Möglichkeit in Aussicht genommen hat, daß Bayern Liegenschaften, die es jetzt dem Reich gegeben hat, wieder ausnützt, und umgekehrt auch zu anderen Zwecken, was nicht verspart werden soll.

Alle Parteien gegen das Kriegsschadensschlußgesetz

W.B. Berlin, 21. Jan. (Tel.) Im Reichstagsausschuß für Entschädigungsfragen wurde heute die Generalausrede über das Kriegsschadensschlußgesetz beendet. Die letzten Redner, Abg. Bayerhöfer von der Bayerischen Volkspartei und Abg. Oulzamer von der Wirtschaftlichen Vereinigung, erklärten in Übereinstimmung mit allen vorhergehenden Rednern, daß die Regierungsvorlage ganz unzureichend sei und nicht als Schlußgesetz gelten könne. Die Beschädigten müßten vielmehr die Möglichkeit behalten, bei günstiger Finanzlage des Reiches angemessener entschädigt zu werden.

Am Dienstag wird sich die Regierung zu den Bedenken der Redner im Ausschuss äußern.

Entscheidung des Reichstages im Bankgewerbe

W.B. Berlin, 21. Jan. (Tel.) Zum Tarifstreit im Bankgewerbe teilt uns der Deutsche Bankbeamtenverein mit, daß am Freitag in später Nachtstunde die Entscheidung des Reichstages erging. Hiernach findet für die Ablösung der Disfondenzschuld die Regelung des Reiches mit der Maßgabe Anwendung, daß durch den Abbau der Disfondenzschuld keine Verminderung der vor dem 1. März 1927 bezahlten Beiträge eintreten darf. Es wird also nur in ganz wenigen Fällen eine Abschlagszahlung in Frage kommen, da seit dem 1. März 1927 eine 7 1/2-prozentige Gehaltssteigerung und am 1. Jan. 1928 die tariflichen Gehaltsvorrückungen im Bankgewerbe eingetreten sind.

Die Landwirtschaftshilfe des Reiches

Aber das Programm der Reichsregierung in der Frage der Landwirtschaftshilfe, das Reichslandwirtschaftsminister Schiele heute Samstag im Haushaltsausschuß des Reichstages entwickelte, zeigt, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ folgendes mitteilt: Der hauptsächlich durch Naturereignisse der letzten Jahre hervorgerufenen Notlage der Landwirtschaft soll dadurch Rechnung getragen werden, daß vornehmlich die drückende Schuldenlast durch Herabsetzung der Zinsen, längere Rückzahlungsrufen usw. erleichtert wird. In den Kreisen der Koalition ist man der Ansicht, daß eine solche Entschuldigungsaktion wirksamer ist, als etwa neue Zollerhöhungen, die sich im übrigen auch nicht in das allgemeine Zollbildungsprogramm der Regierung einfügen würden.

Dr. Birth in Paris. Reichskanzler a. D. Dr. Birth wurde Freitag nachmittag zusammen mit dem deutschen Botschafter in Paris, v. Söeß, vom Präsidenten der französischen Republik, Doumergue, in besonderer Audienz empfangen. Der polnische Staatsrat schließt mit einem Einnahmeüberschuß von 49 Millionen ab. Die Ausgaben beziffern sich auf 2476 Millionen.

Die Etatsdebatte im Reichstag

W.B. Berlin, 20. Jan. Am Regierungstisch u. a. Reichswehrminister Gröner. Ohne Aussprache werden zunächst in allen drei Lesungen angenommen das Abkommen über die vorläufige Regelung des Holzverkehrs aus Polen nach Deutschland und das Abkommen zwischen Deutschland und Finnland in der Unfallversicherung.

Dann trat das Haus in die allgemeine Aussprache über den Haushaltsplan für 1928 Reichskanzler Dr. Marx: Ich halte es für zweckmäßig, vor der allgemeinen Aussprache eine Erklärung zu der sogenannten

Rhoebus-Angelegenheit abzugeben. Die Ermittlungen des Reichsparatkommissars Saemisch haben ergeben, daß die von der Presse gemachten Angaben zu einem erheblichen Teil zutreffend sind. Weiter ist festgestellt, daß die Angriffe einer Zeit angehören, die weit hinter uns liegt und für die eine Verantwortlichkeit der gegenwärtigen Reichsregierung nicht besteht. Es hat sich ein Tatbestand ergeben, der von der Regierung auf das ernsteste mißbilligt wird. Es hat sich bestätigt, daß die Rhoebus-Film-A.G. aus Mitteln des Reichswehrministeriums unterstützt worden ist, daß die Marine Aktien dieser Gesellschaft übernommen hat und daß zugunsten dieser Gesellschaft Bürgschaft für große Kredite geleistet worden ist. Die Kredite und die Aktienbeteiligung sind von Kapitän Lohmann eigenmächtig gegeben worden. Er wollte damit von der Filmgesellschaft die Überfremdungsfahr abwenden, die tatsächlich bestand. Diese Dinge gingen auf das Jahr 1924 zurück. Die am 26. März 1926 geleistete Bürgschaft ist von dem damaligen Reichsfinanzminister, dem Wehrminister und vom Chef der Marineleitung gegengezeichnet worden, dagegen nicht vom damaligen Reichskanzler. Der Kredit der Rhoebus-Film-A.G. ist nahezu zur Hälfte abgedeckt. Aber diese Bürgschaft hinaus hat aber Kapitän Lohmann der Rhoebus-Film-A.G. weitere Bürgschaften in Höhe von 3,5 Millionen und 920 000 Reichsmark zu Lasten des Reiches gewährt. Es hat sich weiter bestätigt, daß Kapitän Lohmann 1,5 Millionen Aktien des Berliner Bankvereins im Jahre 1925 für das Wehrministerium erworben hat. Daraus ist dem Reich ein Verlust von 675 000 Reichsmark entstanden. (Hört, hört, links.) Mit weiteren Verlusten muß gerechnet werden. Die Mittel für diese Beteiligungen und Kredite entnahm Kapitän Lohmann aus dem Fonds für die Umwidlung des Krieges und seine Folgeerscheinungen. (Hört, hört.) Diese Mittel sind heute völlig ausgeschöpft. (Gelächter links und Aufse.) Sie sind verpöbert! Aus dem Haushalt sind keine Mittel zur Verfügung gestellt worden, aber die Verwendung der erwähnten Mittel war natürlich durchaus unzulässig. Zu beanstanden ist auch der Verkauf des Hauses Bülowufer 3, wenn es auch nicht soviel gefloht hat, wie in der Presse behauptet wird.

Die Verbindung mit der Rhoebus-Film-A.G. ist abgebrochen bzw. liquidiert worden. Die Behauptung, daß Lohmann und andere aus Geheimfonds weitere Geschäfte gemacht haben, hat sich nicht erweisen lassen. Ich kann abschließen erklären, daß die ermittelten Tatsachen tief bedauerlich sind. (Recht. Zustimmung.) Darin ist das gesamte Kabinett mit mir einig, ebenso darin, daß eine Wiederholung derartiger Dinge unter allen Umständen ausgeschlossen sein muß. Um dies zu erreichen, ist die Einsetzung einer Kontrollkommission beschlossen worden, bestehend aus Vertretern des Wehrministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Rechnungshofes. (Zurufe: „Was wird mit Lohmann?“) Gegen Kapitän Lohmann ist seitens des Wehrministeriums ein Verfahren eingeleitet worden, das noch schwebt.

Abg. Severing (Soz.): Die Behauptung, daß der Etat für 1928 gesund sei, halte einer näheren Prüfung nicht stand. Es wäre Selbstbetrug, die Augen vor den unerfreulichen Erscheinungen auf den Arbeitsmärkten zu verschließen. Wer die Unternehmerwillkür vor die Interessen des Staates und der Wirtschaft stelle, für den gebe es nur die Antwort der Enteignung der Betriebe. Von der Länderkonferenz könne man sagen: Resolutionär, aber nicht resolut! Man habe die Führung der Reichsregierung bei dieser Konferenz vermisst. Die Senation der Konferenz sei die Rede des württembergischen Staatspräsidenten Bazille gewesen. Würde ein Minister der Linken eine solche Rede gehalten haben, dann hätte es keinen Beschlußnationalen gegeben, der ihn nicht hochverräterischer Umtriebe geziehen hätte. Preußen habe immer nur ein Interesse gefasst: Deutschland zu schützen und zu stützen. Die wachsenden Differenzen zwischen Reich und Preußen fänden ihre Ursache zum großen Teil in der Person des Innenministers v. Reubell. Die Angriffe des Reichsbankpräsidenten auf die Gemeinden würden nachgerade zu einer Gefahr für das ganze Staatsleben. Der Redner wendet sich gegen jede Stärkung der Befugnisse des Reichsfinanzministers als eines Finanzdiktators. Den vom Reichstag beschlossenen Änderungen am Etat stimme er zu. Die für den Panzerkreuzer erforderlichen Mittel würden in den nächsten Jahren unmöglich aufzubringen sein. Der Rhoebus-Scandal werde im Ausschuss noch gründlich erörtert werden müssen. Zur Außenpolitik erklärt der Redner, daß die beste Grenzverteidigung Frankreichs der Friedenswille des deutschen Volkes sei, den demnach die Reichstagswahlen nachdrücklich erweisen würden. Der Redner erinnert an die 50. Wiederkehr des Tages des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes und ruft den Deutschenationalen zu: „Sie, die auch die Urheber dieses Gesetzes waren, sterben aus, wir aber leben!“

Reichswehrminister Gröner nimmt dann das Wort zu der kurzen Erklärung, daß er die Angriffe des Korredners auf die Reichswehr nicht unüberprüfbar lassen könne. Er werde die Angaben sorgfältig prüfen und darauf zu gegebener Zeit antworten.

Abg. Wallraf (Dntl.) weist darauf hin, daß die Parteien der Linken alle Geschosse der ausländischen und inneren Politik auf den einfachen Kenner bringen, daß die Deutschnationalen schuld seien. Gerade die Erfahrungen mit Locarno und Treaty zwingen uns zu der dringenden Forderung, keine deutschen Leistungen mehr gegen fremde Versprechungen zu geben. Die wichtigsten Aufgaben der Außenpolitik bleiben für die nächste Zeit die zähe Bekämpfung der Kriegsschuldfrage, die Abrüstung und eine Änderung des Dawesgesetzes, die den bisher gewährleisteten Schutz der deutschen Währung aufrechterhält. Auf dem Gebiete der Wirtschaft fordert der Redner in erster Linie Fürsorge für die Landwirtschaft. Wichtiger als der Einheitsstaat sei die Reichseinheit. Für einen freiwilligen Verzicht der Länder auf ihre Selbständigkeit werde der Weg zu ebnen sein. Was Preußen betreffe, so müsse unter allen Umständen das aufrechterhalten werden, was den guten alten Preußengeist ausmache: Einfachheit, Heilsigkeit und Ausdauer. Der Redner tritt für Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und des Reichstages zur Erschwerung von Regierungsrufen ein. Gegenüber der Ausgabefreudigkeit der Parlamente müsse die Stellung des Finanzministers gestärkt werden. Die Haltung der Linksparteien sei erfüllt von schreiendsten Widersprüchen.



Badisches Landestheater

Sonntag, den 22. Januar 1928
Vormittags 11 1/2 Uhr

2. Jugend-Konzert

Leitung: Rudolf Schwarz
1. Sinfonie H. Molle (unvollendet) Schubert
2. Wieder mit Klavierbegleitung
Magna Strad. Am Flügel: Josef Strips
3. Sinfonie G. Dur (mit dem Paukenschlag) Haydn
Anfang 11 1/2 Uhr Ende 12 1/2 Uhr
Preise 40 Pf bis 1,30 RM
Erwachsene nur als Begleitung der Jugendlichen
80 Pf bis 2,50 RM

23. Januar (Montag) 8 Uhr 23. Schiller's

Lied von der Glocke

vertont durch
Alroy Fleming
(London)
Uraufführung
Der Dichter: Josef Witt (Tenor)
Meister: Rudolf Weyrauch (Bariton)
Geselle: Adolf Vogel (Baß)
Am Flügel: Kurt Stern
Karten zu 4, 3, 2 und 1 RM bei
Kurt Nonfeldt
Waldstr. 89, Tel. 2577

TINTE UND SCHMINKE

Presse- u. Bühnenfest 1928 am 4. Februar

In sämtlichen Räumen der städtischen Festhalle in Karlsruhe
Eintrittskarten zu 10 RM sind zu haben in folgenden Geschäftsstellen:
Badischer Beobachter, Steinstraße 17
Badische Presse, Lammstraße 1b
Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße 1
Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrich-Straße 14
Residenz-Anzeiger, Jollystraße 21/23
Volksfreund, Waldstraße 28 und an der Hauptkasse des Badischen Landestheaters

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

offizielles Organ der badischen Regierung
Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten, in Industrie-, Handels- und Gewerbetrieben gelesen

Anzeigen aus Industrie, Handel und Gewerbe sind deshalb von ganz besonderer Wirkung

Geschäftsstelle:
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
Telephon 952, 953, 954

Rechtsanwalt!

Günstiger Niederlassungsort, mit großem Hinterland, kein Anwalt am Platze. Beschlagnahmefreie Wohnung, parterre, sof. beziehb., vorhanden, evtl. Kauf der ganzen Villa mit 10 Zimmern, Luftheizung usw. und schönem Garten.
Beschleunigte Anfragen direkt an den Besitzer
J. Z. Wittlich, Rheinfelden (Ob.), Am Oberheimpfad.

Von militärischer Lieferung vom Jahre 1927 bleibt am Lager 5000 Dg.

Leinwäber

ohne Naht, feinfädige, schneeweiße, leinene, garantiert Ia Ware, fehlerlos, welche ich für Erzeugungspreis ausverlaufe.
160x250 cm groß 1 Stück 8,- RM
150x250 cm groß 1 Stück 7,50 RM
Kleinste Abnahme 1/2 Dg. versendet franco verzollt, per Nachnahme
Leinweber S. MARŠIK, Prag XII, Londýnska 57
(Bersch-Leinwand, Tisch- und Handtücher usw. am Lager.)

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
G. 768 Gegründet 1878
Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

GESUCHT

in der Schuh- und Lederbranche gut eingeführter
General-Vertreter
für Auslieferungslager erstklassigen, neuen amerikan. Schuhpflegemittels. — Sehr kulante Bedingungen, weitestgehende Unterstützung. — Eingehende Angebote mit Referenzen an
MARKT & CO., Abt. „Planet Jr.“
Hamburg 1, Chilehaus 78

Öffentliche Sparkasse Scherzheim

Bilanz auf den 31. Dezember 1926.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	2 454,40	1. Spareinlagen	151 261,48
2. Guthaben bei Girozentrale Mannheim und Postsparkassenamt	3 659,03	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	3 377,84
3. Darlehen a. Hypotheken	50 275,70	3. Sonstige Einlagen	1 856,82
4. Darlehen in laufender Rechnung an Private	124 401,34	4. Anleihen bei Girozentrale	98 136,14
5. Darlehen auf Schuldschein	82 298,22	5. Ausgaberrückstände	965,69
6. Einnahmerückstände	3 746,37	6. Aufwertungsfond	2 160,45
7. Geräte	10,-	7. Rücklagen:	
8. Beteiligungsgegenstände	610,-	Reservefond	5 482,68
9. Rentenanstaltshypotheken	29 533,95	Reingewinn	3 603,96
		29 533,95	
	266 845,06		266 845,06

Berechnung der Rücklage.
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 156 496,14 RM Einlagen = 12 519,68 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926: 9 086,64 RM
mithin weniger: 3 433,04 RM
Scherzheim, den 17. September 1927. M. 356
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Rientz. Der Geschäftsführer: Vertsch.

Erstklassigen
**Straßenschotter
Gleisschotter
Betonchotter
Betonspült
Stücksteine • Grus • Sand**
Liefert
PORPHYRWERK DOSSENHEIM
Tel. Heidelberg 4094 H. Vatter Tel. Heidelberg 4094
Dossenheim a. d. Bergstraße
(eiglicher Staatliches Porphyriwerk.)

Öffentl. Gemeinde-Sparkasse Malsch, N. Ettlingen

Geschäftsbericht per 31. Dezember 1927.

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
Hypotheken	471 980,-	Spareinlagen	747 138,42
Gemeindearbeitslohn	4 000,-	Giroeinlagen	88 309,80
Grundstückskaufgelder	5 900,-	Aufwertungseinlagen	561 695,02
Schuldscheine gegen Bürgerschaft	373 210,-	Anlehenskapitalien	25 000,-
Anlagen bei Girozentralen	28 052,65	Reinvermögen	32 806,60
Aufwertungsfonds	546 137,84		
Einnahmerückstände	19 050,20		
Kassenvorrat	6 618,35		
Gerätschaften	1,-		
	1 454 949,84		1 454 949,84

Malsch, den 20. Januar 1928. M. 349
Der Verwaltungsrat: Belzer. Der Geschäftsführer: Belzer.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Leichenwagen
Lieferung als Spezialität
Vorher Fahrzeugwerke
G. m. b. H. G. 931
Vorh. Nr. 9, Württemberg
Jede Ausführung vorzüglich, günstige Zahlungsbedingungen. Angebote und Bilder kostenlos. Gebrauchter, sehr gut erhaltener Sanitätswagen auf Gummirollen sehr preiswert abzugeben.

Nadelstammholz-Verfeinerung
des badischen Forstamtes Pforzheim am Dienstag, den 31. Januar d. J., früh 10 Uhr beginnend im Nebenzimmer des Hotel Sauter in Pforzheim aus dem Staatswald Hagenschick etwa 3100 Fm. Tannen u. Fichten und 900 Fm. Forlen. Kostverzeichnisse unentgeltlich durch das Forstamt. M. 355

Freihändiger Kuchholzerkauf.
Bad. Forstamt Oberweiler, Dienstag, den 31. Januar: 338 Fm. La., Fi-Stammholz, 360 Ster Papierholz. Kostverzeichnisse durch das Forstamt. M. 359

M. 359. Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Gemeinnützigen Volkshilfevereinigung G. m. b. H. in Offenburg mit dem Sitz in Offenburg wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.
Offenburg, 13. Jan. 1928. Badisches Amtsgericht III.

Schwekingen. M. 352
Güterrechtsregister - Eintrag Band II Seite 481: Weber, Wilhelm Philipp, Kaufmann in Ostersheim, und Elisabeth geb. Langinger. Vertrag vom 14. Dezember 1927. Gütertrennung.
Schwekingen, den 17. Januar 1928. Badisches Amtsgericht I.



Badisches Landestheater

Sonntag, 22. Januar 1928
Nachmittags 15 Uhr
Max und Moritz
Nach Wilhelm Busch von Leopold Günther
Musik von Fritz Weder
Inszenierung: F. Hecht
Musikalische Leitung: Kurt Stern

Onkel Fritz Ritter
Max Rademacher
Moritz Mangel
Witwe Volte Ziegler
Schneiber Gemmede
Seine Frau Genter
Lämpel Brand
Bäder Mehner
Müller Schneider
Mede Höder
Liese Silber
Peter Dymar

Die Puppenfee
von Bayer
Einführt von E. Vielesfeld
Musikalische Leitung: Joseph Keilberth
Spielwarenhandlung
Mechaniker Lindenman
Gehilfen Gröbinger
Raffke Seidel
Frau Raffke Klian
Fräulein Raffke Beer-Gast
Raffke junior Dennig
Diener Schmitt
Bauer Rainbach
Weib Tubach
Dienstmädchen Rivinius
Briefträger Nachgink
Commis Gröbinger
Dienstmann Reidinger

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Bis 1. Februar täglich
Die große REVUE
Das lebende Magazin

Charly Chaplin Mangel
Badisch Fischer
Köchin Supper
Schulmädchen Dahlinger
Struwwelpeter Bischof
Bestieffelter Vater Meier
Max und Moritz Rühlmann
Moritz Bender
Jackie Coogan Dennig
Polizist Nagel
Anfang 15 Ende nach 17
I. Rang und I. Sperrfth 3 RM

La Traviata
von Verdi
Musikal. Leitung: Josef Strips
In Szene gesetzt von Dr. Heim. Bucherpfennig

Bioletta von Ernst
Flora Seiberlich
Annina Burgeff
Alfred Rentwig
Georg Wehrhahn
Gaston Kaufböcher
Douphol Höfer
Marquis Gröbinger
Grenvil Vogel
Josef Rainbach
Diener Plachginsky
Kommissionär Klian
Tanz einstudiert von Edith Vielesfeld
Anfang 19 1/2 Ende 21 1/2
I. Rang u. I. Sperrfth 8 RM

Montag, 23. Januar 1928
Vollstühle 5
Der Glückspilz
von Nikelt
In Szene gesetzt von Ulrich von der Trend

Reinhold Meoble
Walter Müller
Brotun Schulze
Jean Herz
Ulrike Frauenbofer
Grete Quaiser
Justizrat Ritter
Aurelie Ziegler
Müller Gemmede
Oberbürgermeister Höder
Sanitätsrat Schneider
Otto Mehner
Biermann Graf
Levi Brand
Abelheid Genter
Standesbeamte Reinath
Küfer Otholt
Kellner Schellenberger
Stubenmädchen Lautenschläger

Anfang 19 1/2 Ende 21 1/2
I. Rang und I. Sperrfth 5 RM.
Plätze aller Preiskategorien sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben
Di. 24. Jan.: Der Vogelhändler
Mi. 25. Jan.: Einmaliges Gastspiel Sabina: Dybut.

Im Stadt. Konzerthaus

Sonntag, 22. Januar 1928
Der Raub der Gabinetinnen
von Franz und Paul von Schönhan
In Szene gesetzt von Ulrich von der Trend

Gollwitz Höder
Friederike Frauenbofer
Paula Quaiser
Dr. Reumeister Meoble
Marianne Müller
Karl Groß Gemmede
Emil Groß Leitgeb
Striefe Müller
Rosa Genter
Meihner Schneider
Anfang 19 1/2 Ende 21 1/2
I. Parkett 4,20 RM